

Beschluss des Kooperationsausschusses des Landes Rheinland-Pfalz

Gegenstand:	<p>Vereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz und des BMAS über die Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18b Abs. 1 Satz 3 SGB II</p> <p>Ziel: Unterstützung des Schwerpunktes „Gleichstellung von Frauen und Männern“</p>
--------------------	--

Beschlusstext:	<p>Der Kooperationsausschuss des Landes Rheinland-Pfalz und des BMAS unterstützt und bestärkt mit der Schwerpunktsetzung „Gleichstellung von Frauen und Männern“ die Jobcenter im Land, die gleichberechtigte Förderung und Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern zu forcieren. Damit soll der Fokus auf eine gleichberechtigte Förderung von Frauen und Männern in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gelegt werden, ebenso wie auf eine bedarfsorientierte, ganzheitliche Beratung von Frauen insgesamt und im Besonderen auf Frauen/Erziehende, die nach §10 SGB II für eine Vermittlung in Arbeit nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.</p> <p>Ausgangslage</p> <p>Aus dem Faktenblatt „Gleichstellung SGB II“ für Rheinland-Pfalz geht hervor, dass im Mai 2021 (Datenstand August 2021) von 154.388 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im SGB II 50,9% weiblich sind. Während allerdings die Integrationsquote der männlichen ELB bei 32,3 % liegt, konnten lediglich 15,7 % aller weiblichen ELB integriert werden. Auch der Anteil von Frauen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen liegt bei lediglich 42,7 %, wobei zwischen den einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten große Differenzen bestehen. Die Corona-Pandemie hat die gleichberechtigte Förderung- und Arbeitsmarktintegration von Frauen nochmals zusätzlich erschwert.</p>
-----------------------	--

Vereinbarung

Im Kooperationsausschuss vereinbaren das Land Rheinland-Pfalz und das BMAS jährlich die Ziele und Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Ausgangslage setzt sich das Land Rheinland-Pfalz weiterhin dafür ein, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern noch stärker in den Mittelpunkt der Arbeit in den Jobcentern rückt.

Dabei soll es sowohl darum gehen auf eine Verbesserung der Integrationsquote der Frauen hinzuwirken, als auch Frauen und Männer gleichermaßen an den Angeboten arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen partizipieren zu lassen. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auch auf die verstärkte Beratung von Frauen gelegt werden, die dem Arbeitsmarkt wegen der Inanspruchnahme von § 10 SGB II nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Unterstützt werden diese Vorhaben durch das Förderprogramm „Frauen aktiv in die Zukunft“, mit dem die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen erhöht wird. Dies trägt auch zur Fachkräftesicherung bei, indem bisher ungenutzte Potenziale erschlossen werden.

Der Kooperationsausschuss wirkt mit dieser Schwerpunktsetzung daraufhin, dass alle Jobcenter unabhängig von ihrer Trägerschaft an der Umsetzung dieser Schwerpunkte arbeiten. Dabei sollen Abläufe, Prozesse, Kommunikation sowie Qualifikation der Mitarbeitenden gleichermaßen in den Blick genommen werden. Die Einzelheiten obliegen den Verantwortlichen vor Ort und richten sich nach den regionalen Gegebenheiten.

Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland wird durch das BMAS über diesen Beschluss des Kooperationsausschusses informiert und gebeten, diese Vereinbarung bei der Umsetzung der Grundsicherung auf Landesebene in den gemeinsamen Einrichtungen zu berücksichtigen und die Jobcenter darüber zu informieren. Entsprechend informiert das Land Rheinland-Pfalz die zugelassenen kommunalen Träger.

Der Kooperationsausschuss wird regelmäßig die Entwicklungen im Land Rheinland-Pfalz auf Landesebene beobachten und erörtern. Ferner wird er sich über Handlungsansätze und ihre

	Umsetzung in den Jobcentern berichten lassen, und zwar von der RD über solche in den gemeinsamen Einrichtungen und von der obersten Landesbehörde über solche in den zugelassenen kommunalen Trägern im Land.
--	---

Berlin, 16.12.2021



Ort, Datum

Dr. Klaus Bernig

Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales

Mainz, 10.12.2021



Ort, Datum

Jeannette Mischnick

Vertreterin des Ministeriums für Arbeit,
Soziales, Transformation und Digitalisierung
des Landes Rheinland-Pfalz